

RUDOLF HENSCHEL

Konzertierte Aktion — Autonomie und Planung

Die Regierung *Kiesinger* erstand aus der Notwendigkeit, das Haushaltsdefizit und die krisenhafte Abschwächung in der Wirtschaft gleichzeitig zu überwinden. Diese Aufgabe konnte nur mit Hilfe einer planvollen Wirtschaftspolitik erfüllt werden. Das Konzept einer derartigen Wirtschaftsplanung, in der Regierungserklärung vom 13. Dezember angekündigt, wird in den Ergänzungen des Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität klar umrissen. Dieses Gesetz verpflichtet die Regierung zur Aufstellung fünfjähriger Finanzpläne, die auf der Grundlage bestimmter Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung Angaben über die künftigen Ausgaben und Einnahmen des Staates enthalten sollen. Nach diesem Gesetz soll die Regierung für das jeweils folgende Jahr konkrete Entwicklungsziele angeben und die Maßnahmen nennen, die zur Sicherung dieser Ziele notwendig erscheinen. Es ergibt sich damit eine Kombination aus mittelfristigen Entwicklungserwartungen und kurzfristigen Entwicklungszielen, verklammert durch eine mehrjährige Detailplanung im Bereich der öffentlichen Finanzen. Diese Finanzplanung bedingt und ermöglicht die Koordinierung wirtschaftlicher Entscheidungen der einzelnen Ministerien und Länderverwaltungen. Eine kurzfristige Variation der Einkommen- und Ausgabenströme stellt in diesem System den entscheidenden Steuerungsmechanismus dar.

Dieses System planvoller Wirtschaftssteuerung bedingt keine Abkehr von dem marktwirtschaftlichen Ordnungsschema der Bundesrepublik. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen wurden in der Bundesrepublik — allerdings wenig beachtet — seit einem Jahrzehnt erstellt. Volkswirtschaftliche Vorausschätzungen hat es — allerdings nicht öffent-

lich publiziert — schon unter *Erhard* gegeben. So war z. B. die Bundesregierung im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verpflichtet, ihre wirtschaftlichen Entwicklungserwartungen anzugeben, um die Koordinierung innerhalb der Gemeinschaft zu ermöglichen.

Den Vorausschätzungen der Vergangenheit fehlte jedoch eine konkrete Zielsetzung. Man sprach deshalb von Erwartungsbudgets in Abgrenzung zu den mit bestimmten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen verknüpften Nationalbudgets. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß in den Erwartungsbudgets die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die die künftige Entwicklung mitbestimmen, unberücksichtigt bleiben. Man ging im Ansatz davon aus, daß es eine bestimmte wirtschaftspolitische Zielsetzung, die derartige Entscheidungen erforderlich macht, nicht gibt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in die künftige Entwicklung eingreifen, mußten demgemäß als Produkte der politischen Interessenabstimmung verstanden werden; die sich daraus ergehende Wirtschaftsentwicklung war als Ergebnis dieser Interessenabstimmung hinzunehmen.

Dieses System geriet jedoch in einen unlösbaren inneren Widerspruch, nach dem die politische Interessenabstimmung ihrerseits auf bestimmte wirtschaftspolitische Ziele, z. B. auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität, bei optimalen Wachstumsraten Rücksicht nehmen sollte. Die in Erfüllung dieser Aufgabe notwendige Koordinierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Ministerien und öffentlichen Institutionen konnte daher in der Vergangenheit nicht erfüllt werden. So entwickelte sich gerade unter der Schutzmarke der sozialen Marktwirtschaft ein „Wirtschaftschrigismus“, der stärker ausgeprägt war als in den Ländern, die sich zu einer staatlichen Wirtschaftssteuerung bekennen. Da jedoch die Koordinierung der dirigistischen Einzelmaßnahmen fehlte, wurden wirtschaftliche Fehlentwicklungen unvermeidlich. Ihre Auswirkungen spüren wir noch heute, und es wird Jahre dauern, bis alle Folgen überwunden sind.

Sollen derartige Fehlentwicklungen künftig vermieden werden, will der neue Wirtschaftsminister Prof. *Schiller* aus der Krise der Wirtschaftspolitik eine Wirtschaftspolitik der Krisenüberwindung machen, so muß er Zielvorstellungen über die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung haben, um die wirtschaftspolitischen Maßnahmen daran orientieren zu können. Das wirtschaftspolitische Konzept der Regierung Kiesinger nähert sich damit zwangsläufig den Forderungen, die der DGB in seinem Grundsatzprogramm für die Aufstellung eines Nationalbudgets erhoben hat.

Aber auch dieses System der Globalsteuerung ist nicht frei von inneren Spannungen. Wie man die Technik der Planung und Steuerung auch nennt, die erforderlichen Entscheidungen liegen in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft, nicht nur im Entscheidungsbereich der Regierung. Es gehört zum Wesen einer marktwirtschaftlichen Entwicklungssteuerung, daß sie sich des Marktes bedient. Marktbedingte Änderungen der Preise und der Einkommensrelationen sind unabdingbare Elemente der Feinsteuerung, die das Funktionieren einer Globalsteuerung überhaupt erst ermöglichen. Eine von Staatlichen Eingriffen freie Preis- und Einkommensgestaltung ist daher eine entscheidende Vorbedingung. Preis- und Einkommensentwicklungen aber werden ihrerseits durch die bestehenden Organisationen mitbestimmt. Die Mitbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung durch autonome Entscheidungen der Unternehmer und der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Preis- und Lohnpolitik ist ein Wesensmerkmal unseres Ordnungssystems. Dies bringt in jede staatliche Steuerung der Wirtschaftsabläufe eine gewisse Unbestimmbarkeit, während sich andererseits jede Globalsteuerung mittelbar auf die autonomen Einzelentscheidungen auswirkt. Ohne Abstimmung müssen die staatlichen Eingriffe härter sein und werden die privaten Auseinandersetzungen spannungsreicher werden, die Gesamt- und Einzelsteuerung wird erschwert.

Eine Vorabstimmung zwischen beiden Bereichen staatlicher und privater Wirtschaftsbeeinflussung bietet sich daher geradezu an. Ein derart in sich abgestimmtes System kann

sicherlich jeder einseitig orientierten Wirtschaft autoritärer Planung oder „planloser“ Selbstbestimmung überlegen sein. Die Technik der Abstimmung aber wirft Probleme auf, die nicht ganz leicht zu lösen sind.

Die Konzertierte Aktion im System der Globalsteuerung

Am einfachsten erscheint die Lösung dieser Aufgabe durch die unmittelbare Kurzschaltung zwischen den Institutionen, die in ihrem autonomen Entscheidungsbereich lohn- und preispolitische Entscheidungen treffen, und den staatlichen Instanzen, die das gesamtwirtschaftliche Konzept koordinieren müssen. Diese Lösung versucht Wirtschaftsminister Schiller mit einer Technik der gegenseitigen Konfrontation und Abstimmung, die die Bezeichnung „Konzertierte Aktion“ erhalten hat.

Im Vordergrund dieser Aktion steht eine konkrete Sachaufgabe. Trotz wirtschaftlicher Abschwächung, zunehmender Arbeitslosigkeit und nachlassender Nachfrage wird das Preisniveau 1967 aller Wahrscheinlichkeit nach noch um 2 vH höher sein als 1966. Der Preisanstieg ist zur Zeit verlangsamt, er ist aber nicht zum Stillstand gekommen. Die notwendige Ankurbelung der Wirtschaftsentwicklung erfordert eine erneute Förderung der Nachfrage. Diese Ankurbelung bedarf keiner Konzertierten Aktion. Offen aber ist die Frage, wie sich diese Ankurbelung auf die künftige Preisentwicklung auswirkt. Damit es nicht zu einer erneuten Beschleunigung des Preisanstiegs kommt, erscheint eine Abstimmung der vielschichtigen Einkommensforderungen im Rahmen einer Konzertierten Aktion unerlässlich. Die konkrete Aufgabe lautet: die konkurrierenden Ansprüche des Staates, der Unternehmer und der Arbeitnehmer so miteinander abzustimmen, daß keine Gruppe gegenüber der bisherigen Technik der Ausnutzung gegebener Marktchancen benachteiligt wird, zugleich aber die nominale Gesamtnachfrage mit dem realen Gesamtangebot übereinstimmt. Damit unmittelbar verbunden ist das zweite Problem, die Dämpfung der Nachfrage auf das Maß der möglichen realen Produktionssteigerung so vorzunehmen, daß die Produktionsentwicklung selbst nicht beeinträchtigt wird.

Bisher haben sich alle Gruppen und Verbände für diese Zielsetzung ausgesprochen. Niemand ist gegen ein Wachstum bei Stabilität. Aber offensichtlich haben verschiedene Gruppen verschiedene Vorstellungen, wie dieses Ziel erreicht werden kann, und offensichtlich erwarten viele vieles, was nicht erfüllbar ist.

Aufgeworfen wurde diese Fragestellung von den unabhängigen Sachverständigen in ihrem *2. Jahresgutachten*. Sie stellten damals fest, daß die Bundesrepublik ein inflatorisches Gleichgewicht erreicht hat, das keiner Gruppe Vorteile, der Gesamtheit aber Nachteile bringt. Vorteile hat keine Gruppe, weil alle Preis- und Kostenerhöhungen jederzeit von jeder Gruppe überwältzt werden können. Die totale Überwältzbarkeit aller Preis- und Kostenerhöhungen schließt Sondervorteile aus, bewirkt aber zugleich eine stetige Erhöhung des Preisniveaus. Dies begünstigt nicht nur die Sachwertbesitzung zu Lasten der anderen Bevölkerungsgruppen, sondern gefährdet auch unsere Position auf dem Weltmarkt. Es sollte daher möglich sein — so schlossen die Sachverständigen 1965 —, die Preis- und Kostenniveauerhöhungen zu vermeiden, alle Einkommenssteigerungen um den Betrag der sonst zu erwartenden Preis- und Kostenerhöhungen zu vermindern, ohne dadurch die realen Verteilungsrelationen zu verändern. Dieses Ziel ist ohne weiteres erstrebenswert und es behält auch in der andersartigen Konjunkturlandschaft des Jahres 1967 seine Bedeutung, denn die Grundproblematik unserer Verteilungstechnik hat sich nicht geändert. Wie aber ist diese Aufgabe lösbar?

Lohn- und Preisstopp kann es als Dauereinrichtung nicht geben, weil in einer wachsenden Wirtschaft infolge des technischen Fortschritts die Kaufkraft aller ständig steigen muß, während sich Produktionskosten und Preise sowohl nach oben als auch nach unten bewegen müssen. Vorübergehend bewirkt ein Lohn- und Preisstopp auf Grund des wei-

tergehenden technischen Fortschritts eine Forcierung der Gewinnsteigerung und widerspricht damit dem Prinzip der gleichgewichtigen Einkommensentwicklung.

Eine Bindung der Löhne und Preise an bestimmte Indexziffern und statistische Einzeldaten kann es ebenfalls nicht geben. Die von den Arbeitgebern geforderte Lohn-/Produktivitätsbindung ist eine rein demagogische Forderung. Eine Bindung der Preise oder der Löhne würde jeweils eine Begünstigung der von dieser Bindung nicht betroffenen Einkommen bewirken. Bei einer Bindung aller Einkommen und Preise würde jedoch die innere Elastizität unserer Wirtschaft in Anpassung an veränderte Marktverhältnisse verlorengelassen. Gerade diese Anpassungsfähigkeit ist aber der große Vorteil unserer Wirtschaftsordnung. Ein sonstiges Preis- oder Lohndiktat — wie es auch immer gesamtwirtschaftlich orientiert oder politisch begründet wird — würde im Widerspruch zu der bestehenden preis- und lohnpolitischen Autonomie nicht nur mit dem Grundgesetz unvereinbar sein, sondern ebenfalls entscheidende ökonomische Vorteile unserer Wirtschaftsverfassung beseitigen.

Wirtschaftspolitik durch Meinungsbildung

In der Konzertierten Aktion beschreiten wir Neuland. Diese Aktion kann bei Erhaltung unserer Wirtschaftsordnung weder zu einem Lohn- und Preisstopp noch zu einer starren Lohn- und Preisindexbindung oder zu einem sonstwie begründeten Lohn- und Preisstopp führen. Die autonome Lohn- und Preisgestaltung durch die Arbeitnehmer und Unternehmer muß im Interesse des Systems erhalten bleiben. Was sich unter diesen Voraussetzungen anbietet, kann nichts anderes sein als ein multilaterales Lohn-Preis- und Wirtschaftsgespräch zwischen den Spitzenvertretern verschiedener Gruppen. Diese Spitzengespräche weisen außerdem die Besonderheit auf, daß die Gesprächspartner keine verbindlichen Zusagen geben können. Sie vertreten ihrerseits Gruppen oder Institutionen, die in ihrem Bereich autonome Entscheidungsfreiheiten haben. Dies gilt für das Verhältnis zwischen den Regierungsvertretern und dem Parlament. Es gilt für das Verhältnis zwischen den Vertretern der Unternehmer- und Arbeitgeberverbände und den Unternehmern, und es gilt für das Verhältnis zwischen den Vertretern des DGB und den Einzelgewerkschaften. Die an diesen Gesprächen Beteiligten können nur zu einer Beeinflussung des Meinungsklimas beitragen und über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung einen Druck auf Einzelentscheidungen ausüben. Das politische Gewicht erhalten diese Gespräche erst durch die öffentliche Meinung, soweit diese durch diese Gespräche beeinflußt wird; insofern ist die Konzertierte Aktion eine Art demokratisierter Seelenmassage.

Der Erfolg der Auseinandersetzung wird 'damit vor allem durch die Macht der Argumente oder genauer gesagt durch die „Verkaufbarkeit“ der verwandten Argumente bestimmt. Dadurch werden sich die Gruppenziele selbstverständlich nicht verändern.

Die Arbeitgeberverbände werden nach wie vor eine Lohnorientierung anstreben, die einen möglichst großen Gewinnspielraum zuläßt.

Die Unternehmerverbände und Wirtschaftsvereinigungen werden gegen alle Vorschläge, die den Preisspielraum einengen, ankämpfen.

Die Arbeitnehmervertreter müssen sich gegen eine Einengung des Lohnspielraums wehren und ihrerseits eine Fixierung der Preispolitik anstreben, die überproportionale Gewinnsteigerungen verhindert.

Beide Gruppen müssen vom Gesetzgeber verlangen, daß er das Ausmaß und die Wirkung seiner einkommenspolitischen Maßnahmen auf längere Sicht aufdeckt.

Der Staat muß seinerseits von beiden Gruppen Aufklärung über ihre Zielsetzungen und Absichten erhalten.

Wenn sich aber auch die Zielsetzungen vorerst nicht ändern, so dürfte doch eine Änderung darin bestehen, daß diese Ziele im voraus erkennbar werden und damit eine

rechtzeitige Einstellung der anderen möglich wird. Der gesamte Prozeß der Einkommensbildung wird durchsichtiger. In der Stellungnahme der Bundesregierung zum 3. *Sachverständigengutachten* ist diese Problemstellung deutlich gemacht worden.

In Ziffer 9 sagt die Bundesregierung ausdrücklich, daß sie die Tarifautonomie respektiert und verteidigt, aber alle Informationen zur Verfügung stellen wird, damit sich die Teilnehmer an der Konzertierte Aktion über bestimmte Orientierungsdaten verständigen können.

In Ziffer 10 führt die Bundesregierung die Themen an, wobei sie darauf hinweist, daß in diesem Dialog selbstverständlich nicht allein über die Lohnpolitik gesprochen werden soll, sondern die Informationen, alle wichtigen Fragen, den Beschäftigungsstand, die Investitionspolitik und Preispolitik der Unternehmungen, die Wettbewerbspolitik, die administrativ veranlaßten Preisänderungen, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und die Einkommens- und Vermögensverteilung auf kurze und längere Sicht betreffen müssen.

In der Praxis kommt es jedoch darauf an, in welcher Rangfolge und mit welchem Gewicht diese Einzelthemen behandelt werden. Damit ist zweifellos eine gewisse Vorentscheidung verbunden, die nicht zuletzt dadurch bestimmt wird, wie geschlossen die einzelnen Gruppen auftreten und wie sie in diesem Verhandlungskonzert agieren.

Konzertierte Aktion ist eine Art Mitbestimmung

Die einzelnen Institutionen und Verbände, die an diesem Gespräch beteiligt sind, brauchen nicht unbedingt geschlossene Verhandlungsgruppen zu bilden. Je geschlossener aber Einzelgruppen operieren, um so größer ist ihre Chance, eine in ihrem Interesse liegende Vorentscheidung über Themenwahl und Ausgestaltung des Themas herbeizuführen. Je uneinheitlicher die Meinung innerhalb einer Gruppe ist, um so leichter haben es die Gesprächspartner, ihre Interessen in den Vordergrund zu schieben.

An sich hat die Regierung bei diesem Verhandlungsprozeß keine dominierende Position. Sie kann aber leicht eine beherrschende Position erhalten, wenn sich die anderen Gesprächspartner in viele rivalisierende Gruppen auflösen. In diesem Fall wird die Regierung das Konzert nicht nur dirigieren, sondern auch von Fall zu Fall die von ihr gewünschte Melodie dazu komponieren. Treten die Gesprächsgruppen jedoch in sich geschlossen auf, so kann es die Regierung schwer haben, den Gesprächsverlauf selbst zu bestimmen. Der unmittelbare Erfolg der Konzertierte Aktion wird in diesem Fall nicht so schnell erkennbar werden, das Ringen um neue Formen demokratischer Abstimmung und Mitbestimmung dürfte in diesem Fall aber sicherlich erfolgreicher sein.

In diesem Fall dürfte sich aus der Konzertierte Aktion als Preis für die freiwillige Einordnung autonomer Entscheidungen in ein gemeinsames Konzept eine Mitbestimmung ergeben. Diese Mitbestimmung dürfte sich vor allem auf die Fixierung mittelfristiger Entwicklungsziele und auf die Anwendung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente beziehen. Gerade die Einordnung bestimmter Einkommen in eine bestimmte konjunkturpolitische Situation setzt voraus, daß ein mittelfristiges Konzept erkennbar wird, das langfristig eine gerechte Abstimmung auch unter sozialen Aspekten gewährleistet. Damit werden zwangsläufig auch die staatlichen Steuerungsmittel der Steuer- und Finanzplanung, der Subventions- und Wettbewerbspolitik in den Bereich der Mitbestimmung geraten, ohne daß dies ausdrücklich fixiert werden muß. Noch ist die Entwicklung der Konzertierte Aktion nicht entschieden. Sicher ist nur, daß diese Aktion anläuft und daß Wirtschaftsminister Schiller damit rechnen muß, daß man den Erfolg seiner Politik an dem erfolgreichen Verlauf dieser Aktion messen wird. Wer sich jetzt ausschließt, überläßt die Meinungsbildung den anderen und wird dann zwangsläufig über die von den anderen beeinflussten Meinungen in seinem Aktionsspielraum eingegrenzt werden. Aber

KONZERTIERTE AKTION - AUTONOMIE UND PLANUNG

auch die Regierung steht vor einer schwierigen Aufgabe. Mit der Nennung künftiger Entwicklungsziele und Entwicklungserwartungen muß sie auch Angaben über die von ihr erwarteten Preisniveauänderungen machen.

Preissteigerungen — ein Problem quantitativer Vorausschauungen

Da die Einkommensentwicklung unmittelbar durch die Erhöhung des Preisniveaus bestimmt wird, kann niemand eine künftige Einkommenssteigerung fixieren, ohne eine bestimmte Entwicklung der Produktion und des Preisniveaus anzunehmen.

Dabei tritt jedoch ein Problem auf: Nennt die Regierung die erwartete Preissteigerung im voraus, so kann ihr der Vorwurf gemacht werden, daß sie eine leichtfertige Inflationspolitik betreibt, obwohl es bisher keiner Regierung gelungen ist, das Preisniveau bei Vollbeschäftigung und voller Kapazitätsauslastung zu stabilisieren.

Den Preisniveauerhöhungen liegt ein einheitliches Strukturproblem zugrunde, das mit dem technischen Fortschritt unmittelbar zusammenhängt. Das Preisniveau steigt nicht deshalb, weil die Kosten und damit die Einzelpreise in den arbeitsintensiven Wirtschaftsbereichen mit geringerem technischen Fortschritt steigen, sondern weil in den Bereichen mit überdurchschnittlichen Rationalisierungserfolgen die durch die erzielten Kostendegressionen an sich möglichen Preissenkungen unterbleiben. Diese Be- und Verhinderung der Preissenkung durch moderne Werbetechniken, durch Preisbindungen, Preisempfehlungen, Preisabsprachen usw. ist heute international. Preisniveauerhöhungen sind daher in allen Ländern die Regel. Sie lassen sich für die Bundesrepublik in allen Jahren nachweisen, für die Preisstatistiken vorliegen. Eine Ausnahme machen nur die Jahre der großen Krise zwischen 1930 und 1933. Für alle westlichen Länder gelten gleiche Erfahrungen. Der in den letzten Jahren durchschnittliche internationale Preisanstieg lag zwischen 2 und 3 vH. Es ist nicht erkennbar, daß sich dieser Preisanstieg verlangsamt. .

Bleiben die künftig zu erwartenden Preiserhöhungen bei der Vorausschätzung der künftigen Einkommenssteigerung außer Ansatz, so bewirken daraus abgeleitete Orientierungshilfen eine Desorientierung. Steigen die Tariflöhne infolge der effektiven Preiserhöhungen stärker, als aus der Vorausschau unter der Annahme eines gleichbleibenden Preisniveaus abgeleitet wurde, so setzen sich die Gewerkschaften dem Vorwurf aus, ihre „höheren“ Lohnforderungen hätten den Preisanstieg bewirkt.

Halten sich die Tariferhöhungen an die Vorausschau und passen sich nur die Effektivverdienste den Preissteigerungen an, so kommt es zu einem Wildwuchs übertariflicher Lohnerhöhungen. Das gesamte Einkommensgefüge wird undurchsichtig und die arbeitsmarktpolitische Orientierung wird erschwert, zugleich wird die antigewerkschaftliche Propaganda gefördert: Wozu sich in einer Gewerkschaft organisieren, wenn die Verdienste sowieso höher sind und stärker steigen als die von den Gewerkschaften vereinbarten Tarifsätze?

Bleiben die übertariflichen Lohnerhöhungen aus, so sind die Unternehmer die Hauptnutznießer künftiger Preiserhöhungen. Die Gewinne steigen rascher als die Löhne und Gehälter. Die damit verbundene Nachfrageverschiebung hat wiederum wirtschaftliche Rückwirkung. Entweder ergibt sich ein chronischer Exportüberschuß, der durch einen ebenso chronischen Kapitalexport ausgeglichen wird; die Unterbeteiligung der Arbeitnehmer am Sozialprodukt wird in diesem Fall durch „Geschenke“ an die übrige Welt kompensiert. Gelingt diese Kompensation nicht, so kommt es zu konjunkturellen Rückschlägen, in deren Verlauf die Gewinne vorübergehend zusammengedrückt werden; Unsicherheit und Wirtschaftskrisen sind der Preis für diese Art des Ausgleichs.

Wer weder das eine noch das andere will, sondern für eine langfristig gleichgewichtige Einkommensentwicklung eintritt, muß die künftig erwarteten Preiserhöhungen kennen. Eine Einplanung künftiger Preiserhöhungen in die künftigen Lohn- und Gehaltsforderungen ist ebenso logisch und zwingend wie die Einplanung derartiger Preiserhö-

hungen in den Vorausschätzungen der Staatseinnahmen bei der Planung der Staatsausgaben.

Die Nennung erwarteter Preiserhöhungen kann jedoch einen Ankündigungseffekt haben. Wenn alle davon ausgehen, daß das Preisniveau ansteigt, kann der Widerstand gegen überhöhte Preisforderungen nachlassen, der tatsächliche Preisanstieg ist dann größer, als er normalerweise gewesen wäre. Diese Gefahr kann bestehen, aber sie muß nicht bestehen. Diese Gefahr ist vermeidbar, wenn die Regierung genügend Aufklärung betreibt und auch den Verbrauchern bei ihrer Preisbeurteilung Orientierungshilfen anbietet. Die Wirtschaftsbereiche, in denen auf Grund überdurchschnittlicher Produktivitätszuwächse Kosten- und Preissenkungen möglich sind, können genannt werden. Dazu gehören nicht nur der Bergbau und die Landwirtschaft, sondern neben der Kraftfahrzeug- und Haushaltsgeräte-Industrie vor allem die chemische Industrie, die Kunststoffindustrie, >die Pharmazie und Kosmetik. Dazu gehören die Textil- und Genußmittelindustrie von den Brauereien bis zu den Mühlen. In all diesen Bereichen sind langfristig überdurchschnittliche Produktivitätssteigerungen möglich, die bei einer durchschnittlichen Erhöhung der Gewinne und Löhne Preissenkungen ermöglichen.

In dem Maße, wie diese Aufklärung und Information wirksam wird, kann bei entsprechender außenwirtschaftlicher Absicherung auch der Preisanstieg geringer werden. Weigert sich jedoch die Regierung, im Rahmen einer konzertierten Aktion Vorausschätzungen der erwarteten Preisentwicklung zu nennen, so bleibt jede Vorausrechnung unvollkommen. In diesem Fall kann man bestenfalls sagen, daß eine Tarifpolitik betrieben werden muß, die unter anderem eine Reallohnsteigerung um soundso viel Prozent anstrebt. Die künftige Preis- und Gewinnentwicklung bleibt in diesem Fall außer Ansatz. Eine derartige Aussage über mögliche reale Entwicklungen hätte ohne die Nennung der möglichen Einkommensteigerungen für die Praxis aber nur eine geringe Bedeutung. Wer mehr will, muß die zu erwartenden Preissteigerungsraten nennen. Selbstverständlich müssen in diesem Fall auch die Gründe für diese Preiserhöhungen dargelegt werden. Auch die Unternehmer müssen sich dann bereit erklären, bestimmten Untersuchungen zuzustimmen, die sie bisher strikt abgelehnt haben.

Die Lösung dieser Aufgabe ist zweifellos schwer. Auch hier müssen viele Tabus der Vergangenheit überwunden werden. Eine völlige Lösung der angesprochenen Probleme wird Jahre benötigen. Aber es ist nicht zu bezweifeln, daß die eingeleiteten Gespräche zu einem neuen politischen Stil führen, auf den wir uns alle einstellen müssen.